

Gerichtsverfassungsgesetz: GVG

Kissel / Mayer

11. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-79654-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kissel/Mayer
Gerichtsverfassungsgesetz



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gerichtsverfassungs- gesetz

Kommentar

begründet von

Dr. Otto Rudolf Kissel †

Präsident des Bundesarbeitsgerichts a. D.
Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Seit der 7. Auflage verfasst von

Herbert Mayer

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

11., neubearbeitete Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 79654 8

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig
produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das 1879 in Kraft getretene GVG hat die Rechtseinheit für die Gerichtsverfassung in den damaligen deutschen Teilstaaten mit ihren bis dahin völlig unterschiedlichen und zersplitterten Regelungen geschaffen in einer für das damalige Denken zukunftsweisenden rechtsstaatlichen Zielsetzung, zusammen mit ZPO und StPO, zB staatliches Rechtsprechungsmonopol, Unabhängigkeit der Gerichte, gesetzlicher Richter, weitgehender Rechtsschutz. In den seitdem vergangenen 130 Jahren haben sich nicht nur die allgemeinen Lebensverhältnisse völlig verändert, auch das Rechtsleben hat umfassende Änderungen erfahren, die Gerichtsverfassung war darin involviert, mit Höhen und Tiefen; in ihr schlugen sich Menschenverachtung und radikale Durchsetzung politisch-kollektivistischer Ziele ebenso nieder wie seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes eine kontinuierliche Fortentwicklung und Verfestigung der Verwirklichung der Menschenwürde und des Respekts vor der Sphäre des einzelnen Staatsbürgers als oberstes Ziel staatlichen Handelns.

Es ist Aufgabe der Gerichtsverfassung, zusammen mit dem Prozessrecht die Organisation der Gerichte und die für sie geltenden Verfahrensmaximen zu schaffen, die dem Eigenwert und dem rechtlichen Schutzbedürfnis des Individuums dienen, dies aber auch in Einklang mit den unabwiesbaren Belangen der das Individuum tragenden Gemeinschaft, wie das Bundesverfassungsgericht beispielhaft die individuelle Rechtsausübung als gemeinschaftsbezogen sieht. Der Gerichtsverfassung kommt damit eine ganz entscheidende rechtsstaatliche Bedeutung zu, denn im Streitfall ist es allein Aufgabe der Gerichte, die in „Gesetz und Recht“ (Art. 20 Abs. 3 GG) ausgestalteten Rechte und Pflichten des Einzelnen zu klären und durchzusetzen. Hierfür muss das Gerichtsverfassungsrecht das Vorhandensein von geeigneten Gerichten ebenso regeln wie auch deren jeweils sachgerechte Funktionsfähigkeit, zusammen mit einem entsprechenden Verfahrensrecht. Effektive Gleichheit aller, faires Verfahren, rechtliches Gehör, gesetzlicher Richter, Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter in Bindung an Gesetz und Recht, umfassender Rechtsschutz, das sind beispielhaft die immerwährenden Aufgaben, die der Gerichtsverfassung wie den für ihre Realisierung Verantwortlichen gestellt sind: Gerichten und jedem einzelnen Richter, Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft, Gesetzgeber und Verwaltung.

Dem GVG ist für sich allein heute nicht mehr das gesamte Gerichtsverfassungsrecht der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entnehmen. Ihm vorgegeben ist das GG, auch wird es durch viele Spezialgesetze ergänzt. Im Interesse einer geschlossenen Darstellung ist der Versuch gewagt worden, die außerhalb des GVG aufzufindenden Regelungen innerhalb der einschlägigen Vorschriften des GVG mit zu erörtern, zB das DRiG im § 1 GVG.

Steigende erhebliche Bedeutung hat jenseits förmlicher Änderungen des GVG auch die internationale Entwicklung für das Gerichtsverfassungsrecht erlangt. Das gilt einmal auf der europäischen Ebene durch die zunehmenden Auswirkungen der Konkretisierung und die praktische Bedeutung der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Zu ihr setzt nicht nur die Rechtsetzung durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft wesentliche Marksteine, sondern auch und verstärkt die Rechtsprechung der Europäischen Gerichte, inhaltlich zur Anwendung des gesetzten Rechts wie auch zu ihrer Entscheidungskompetenz im Verhältnis zu den innerstaatlichen Gerichten, herausragend das ausgeprägte justitielle Selbstverständnis des EuGH. Auch die institutionell über die Europäische Gemeinschaft hinausgehenden völkerrechtlich vereinbarten Gerichte beginnen zunehmend, jenseits ihrer klassischen Bedeutung (nur) für die Beziehungen der Staaten zueinander mit unmittelbarer Wirkung auch auf die Rechtsstellung der einzelnen Staatsangehörigen zu judizieren, so die Gerichte im Rahmen der UN wie auch jene aufgrund besonderer

Vorwort

völkerrechtlicher Vereinbarungen. Diese Entwicklung erfordert eine, wenn auch bescheidene, Berücksichtigung in den Erläuterungen zum Gerichtsverfassungsrecht.

Es ist auch versucht worden, solche Erscheinungen und Fakten, die nicht dem Gerichtsverfassungsrecht systematisch und unmittelbar zuzurechnen sind und auf den ersten Blick dort auch nichts zu suchen haben, in ihrer gerichtsverfassungsrechtlichen Relevanz aufzuzeigen, zB die gesamte Justizverwaltung, das Haushaltsrecht oder die Gefahren für die Unabhängigkeit der Gerichte jenseits der formalisierten Dienstaufsicht, aber auch Gefahren für die Rechtsverteidigung des Einzelnen vor Gericht.

Diese vielfältigen Quellen halten das Gerichtsverfassungsrecht in stetem Fluss, nicht nur durch die Fortentwicklung der Rechtsprechung, sondern auch was die Gesetzgebung betrifft. In die 11. Aufl. waren ausgehend vom Stand der Voraufgabe Dezember 2020 folgende Änderungen des GVG, des EGGVG und anderer damit in engem Zusammenhang stehender Rechtsvorschriften einzuarbeiten:

1. Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts vom 22.12.2020, BGBl. I 3256;
2. Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche vom 9.3.2021, BGBl. I 327;
3. Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vom 16.6.2021, BGBl. I 1810;
4. Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.6.2021, BGBl. I 2099;
5. Gesetz zur Neuregelung des Berufsrechts der anwaltlichen und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe vom 7.7.2021, BGBl. I 2363;
6. Zweites Gesetz zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen vom 19.12.2022, BGBl. I 2606;
7. Gesetz zur Durchsetzung von Verbraucherrechten (Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz – VDuG), verkündet als Art. 1 Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG – vom 8.10.2023, BGBl. I Nr. 272;
8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze vom 25.10.2023, BGBl. I Nr. 294;
9. Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 27.3.2024, BGBl. I Nr. 109;
10. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung vom 12.6.2024, BGBl. I Nr. 190;
11. Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz vom 12.7.2024, BGBl. I Nr. 234;
12. Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten vom 15.7.2024, BGBl. I Nr. 237;
13. Zweites Gesetz zur Reform des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 16.7.2024, BGBl. I Nr. 240;
14. Gesetz zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts vom 30.7.2024, BGBl. I Nr. 255;
15. Gesetz zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit vom 7.10.2024, BGBl. I Nr. 302, das am 1.4.2025 in Kraft tritt und bereits eingearbeitet ist;
16. Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarkts vom 27.12.2024, BGBl. I Nr. 438.

Den Verlag bitte ich weiter um die stets als angenehm empfundene Betreuung, Förderung und Mithilfe. Den Benutzern danke ich an dieser Stelle für die vielfältigen Rückmeldungen und wertvollen Anregungen, die mich seit dem Erscheinen der Voraufgabe erreicht haben. Ich bitte Sie um weiterhin freundliche Aufnahme des Werks und Ihre – sicherlich auch zur Neuauflage notwendigen – Hinweise auf Unrichtigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten.

Vorwort

Zu gedenken ist hier aber auch dem Begründer des Werks, dem am 1. November 2022 im Alter von 93 Jahren verstorbenen Prof. Dr. Otto Rudolf Kissel. Durch ihn und sein von Humanität geleitetes Menschenbild hat der Kommentar die ihm eigene Prägung erfahren; seine denkscharfe Durchdringung der Materie hat mir die Weiterbearbeitung dieses umfangreichen Werks entscheidend erleichtert.

Stuttgart, im Januar 2025

Herbert Mayer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------|------|
| Vorwort | V |
| Abkürzungsverzeichnis | XVII |
| Literaturverzeichnis | XXXV |

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

| | |
|---|-----|
| Text des GVG | 1 |
| Einleitung | 59 |
| Erster Titel. Gerichtsbarkeit | 129 |
| § 1 [Richterliche Unabhängigkeit] | 129 |
| §§ 2 bis 9 (weggefallen) | 190 |
| § 10 [Referendare] | 191 |
| § 11 (weggefallen) | 194 |
| § 12 [Ordentliche Gerichte] | 194 |
| § 13 [Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte] | 239 |
| § 13a [Zuweisung durch Landesrecht] | 398 |
| § 14 [Besondere Gerichte] | 400 |
| § 15 (weggefallen) | 405 |
| § 16 [Ausnahmegerichte] | 405 |
| § 17 [Rechtshängigkeit; Entscheidung des Rechtsstreits] | 444 |
| § 17a [Rechtsweg] | 468 |
| § 17b [Anhängigkeit nach Verweisung; Kosten] | 468 |
| § 17c [Zuständigkeitskonzentrationen; Änderungen der Gerichtsbezirksgrenzen] | 469 |
| § 18 [Exterritorialität von Mitgliedern der diplomatischen Missionen] | 470 |
| § 19 [Exterritorialität von Mitgliedern der konsularischen Vertretungen] | 477 |
| § 20 [Weitere Exterritoriale] | 480 |
| § 21 [Ersuchen eines internationalen Strafgerichtshofes] | 493 |
| Zweiter Titel. Allgemeine Vorschriften über das Präsidium und die Geschäftsverteilung | 499 |
| § 21a [Präsidium] | 499 |
| § 21b [Wahl zum Präsidium] | 504 |
| Anhang zu § 21b. Wahlordnung für die Präsidien der Gerichte | 512 |
| § 21c [Vertretung der Mitglieder des Präsidiums] | 516 |
| § 21d [Größe des Präsidiums] | 519 |
| § 21e [Aufgaben und Befugnisse des Präsidiums; Geschäftsverteilung] | 521 |
| § 21f [Vorsitz in den Spruchkörpern] | 576 |
| § 21g [Geschäftsverteilung innerhalb der Spruchkörper] | 581 |
| § 21h [Vertretung des Präsidenten und des aufsichtführenden Richters] | 595 |
| § 21i [Beschlussfähigkeit des Präsidiums] | 597 |
| § 21j [Anordnungen durch den Präsidenten; Frist zur Bildung des Präsidiums] | 600 |
| Dritter Titel. Amtsgerichte | 601 |
| § 22 [Richter beim Amtsgericht] | 601 |
| § 22a [Präsident des LG oder AG als Vorsitzender des Präsidiums] | 616 |
| § 22b [Vertretung von Richtern] | 617 |
| § 22c [Bereitschaftsdienst] | 620 |
| § 22d [Handlungen eines unzuständigen Richters] | 623 |
| § 23 [Zuständigkeit in Zivilsachen] | 624 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---------------------------------------|--|-----|
| § 23a | [Zuständigkeit in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit] | 634 |
| § 23b | [Familiengerichte] | 659 |
| § 23c | [Betreuungsgerichte] | 667 |
| § 23d | [Gemeinsames Amtsgericht in Familien- und Handelssachen sowie in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit] | 667 |
| § 24 | [Zuständigkeit in Strafsachen] | 669 |
| § 25 | [Zuständigkeit des Strafrichters] | 680 |
| § 26 | [Zuständigkeit in Jugendschutzsachen] | 682 |
| § 26a | (weggefallen) | 685 |
| § 27 | [Sonstige Zuständigkeit und Geschäftskreis] | 685 |
| Vierter Titel. Schöffengerichte | | 691 |
| § 28 | [Zuständigkeit] | 691 |
| § 29 | [Zusammensetzung; erweitertes Schöffengericht] | 693 |
| § 30 | [Befugnisse der Schöffen] | 697 |
| § 31 | [Ehrenamt] | 702 |
| § 32 | [Unfähigkeit zum Schöffenamte] | 706 |
| § 33 | [Nicht zu berufende Personen] | 710 |
| § 34 | [Weitere nicht zu berufende Personen] | 714 |
| § 35 | [Ablehnung des Schöffenamtes] | 717 |
| § 36 | [Vorschlagsliste] | 720 |
| § 37 | [Einspruch gegen die Vorschlagsliste] | 725 |
| § 38 | [Übersendung der Vorschlagsliste] | 726 |
| § 39 | [Vorbereitung der Ausschussberatung] | 726 |
| § 40 | [Ausschuss] | 727 |
| § 41 | [Entscheidung über Einsprüche] | 733 |
| § 42 | [Schöffenwahl] | 734 |
| § 43 | [Bestimmung der Schöffenzahl] | 739 |
| § 44 | [Schöffenliste] | 740 |
| § 45 | [Feststellung der Sitzungstage] | 741 |
| § 46 | [Bildung eines weiteren Schöffengerichts] | 748 |
| § 47 | [Außerordentliche Sitzungen] | 750 |
| § 48 | [Zuziehung von Ergänzungsschöffen] | 753 |
| § 49 | [Heranziehung aus der Ersatzschöffenliste] | 753 |
| § 50 | [Mehrtägige Sitzung] | 757 |
| § 51 | [Amtsenthebung von Schöffen] | 758 |
| § 52 | [Streichung von der Schöffenliste] | 761 |
| § 53 | [Ablehnungsgründe] | 767 |
| § 54 | [Entbindung vom Schöffenamte an einzelnen Sitzungstagen] | 768 |
| § 55 | [Entschädigung] | 775 |
| § 56 | [Unentschuldigtes Ausbleiben] | 775 |
| § 57 | [Bestimmung der Fristen] | 779 |
| § 58 | [Gemeinsames Amtsgericht] | 779 |
| Fünfter Titel. Landgerichte | | 783 |
| § 59 | [Besetzung] | 783 |
| § 60 | [Zivil- und Strafkammern] | 789 |
| §§ 61 bis 69 | (weggefallen) | 795 |
| § 70 | [Vertretung der Kammermitglieder] | 795 |
| § 71 | [Zuständigkeit in Zivilsachen in 1. Instanz] | 799 |
| § 72 | [Zuständigkeit in Zivilsachen in 2. Instanz] | 805 |
| § 72a | [Obligatorische Einrichtung spezialisierter Spruchkörper] | 809 |
| § 73 | [Allgemeine Zuständigkeit in Strafsachen] | 814 |
| § 73a | (weggefallen) | 815 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------------|--|-----|
| § 74 | [Zuständigkeit in Strafsachen in 1. und 2. Instanz] | 815 |
| § 74a | [Zuständigkeit der Staatsschutzkammer] | 823 |
| § 74b | [Zuständigkeit in Jugendschutzsachen] | 829 |
| § 74c | [Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammer] | 830 |
| § 74d | [Strafkammer als gemeinsames Schwurgericht] | 837 |
| § 74e | [Vorrang bei Zuständigkeitsüberschneidungen] | 837 |
| § 74f | [Zuständigkeit bei vorbehaltenener oder nachträglicher Anordnung der Sicherungsverwahrung] | 839 |
| § 75 | [Besetzung der Zivilkammern] | 842 |
| § 76 | [Besetzung der Strafkammern] | 847 |
| § 77 | [Schöffen der Strafkammern] | 855 |
| § 78 | [Auswärtige Strafkammern bei Amtsgerichten] | 858 |
| 5a. Titel. | Strafvollstreckungskammern | 862 |
| § 78a | [Zuständigkeit] | 862 |
| § 78b | [Besetzung] | 870 |
| Sechster Titel. | Schwurgerichte | 875 |
| §§ 79 bis 92 | (weggefallen) | 875 |
| Siebenter Titel. | Kammern für Handelssachen | 875 |
| § 93 | [Bildung] | 875 |
| § 94 | [Zuständigkeit] | 878 |
| § 95 | [Begriff der Handelssachen] | 881 |
| § 96 | [Antrag auf Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen] | 890 |
| § 97 | [Verweisung an Zivilkammer wegen ursprünglicher Unzuständigkeit] | 892 |
| § 98 | [Verweisung an Kammer für Handelssachen] | 895 |
| § 99 | [Verweisung an Zivilkammer wegen nachträglicher Unzuständigkeit] | 896 |
| § 100 | [Zuständigkeit in 2. Instanz] | 898 |
| § 101 | [Antrag auf Verweisung] | 900 |
| § 102 | [Unanfechtbarkeit der Verweisung] | 902 |
| § 103 | [Hauptintervention] | 904 |
| § 104 | [Verweisung in Beschwerdesachen] | 905 |
| § 105 | [Besetzung] | 907 |
| § 106 | [Auswärtige Kammer für Handelssachen] | 909 |
| § 107 | [Entschädigung] | 910 |
| § 108 | [Dauer der Ernennung] | 911 |
| § 109 | [Voraussetzungen der Ernennung] | 912 |
| § 110 | [Ehrenamtliche Richter an Seeplätzen] | 914 |
| § 111 | (weggefallen) | 915 |
| § 112 | [Rechte und Pflichten] | 915 |
| § 113 | [Amtsenthebung] | 917 |
| § 114 | [Entscheidung auf Grund eigener Sachkunde] | 919 |
| Achter Titel. | Oberlandesgerichte | 921 |
| § 115 | [Besetzung] | 921 |
| § 115a | (weggefallen) | 923 |
| § 116 | [Zivil- und Strafsenate, Ermittlungsrichter] | 923 |
| § 117 | [Vertretung der Senatsmitglieder] | 926 |
| § 118 | [Zuständigkeit in Musterverfahren] | 927 |
| § 119 | [Zuständigkeit in Zivilsachen] | 929 |
| § 119a | [Obligatorische Einrichtung spezialisierter Senate] | 938 |
| § 119b | [Einrichtung von Commercial Courts] | 939 |
| § 120 | [Zuständigkeit in Strafsachen in 1. Instanz] | 942 |
| § 120a | [Zuständigkeit bei vorbehaltenener oder nachträglicher Anordnung der Sicherungsverwahrung] | 953 |
| § 120b | [Zuständigkeit bei Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern] | 954 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------------------|--|------|
| § 121 | [Zuständigkeit in Strafsachen in der Rechtsmittelinstanz] | 956 |
| § 122 | [Besetzung der Senate] | 967 |
| Neunter Titel. | Bundesgerichtshof | 971 |
| § 123 | [Sitz] | 971 |
| § 124 | [Besetzung] | 972 |
| § 125 | [Ernennung der Mitglieder] | 972 |
| §§ 126 bis 129 | (weggefallen) | 973 |
| § 130 | [Zivil- und Strafsenate; Ermittlungsrichter] | 973 |
| §§ 131, 131a | (weggefallen) | 974 |
| § 132 | [Große Senate] | 974 |
| § 133 | [Zuständigkeit in Zivilsachen] | 986 |
| §§ 134, 134a | (weggefallen) | 992 |
| § 135 | [Zuständigkeit in Strafsachen] | 992 |
| §§ 136, 137 | (weggefallen) | 995 |
| § 138 | [Verfahren vor den Großen Senaten] | 995 |
| § 139 | [Besetzung der Senate] | 999 |
| § 140 | [Geschäftsordnung] | 1000 |
| 9a. Titel. | Zuständigkeit für Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen | 1001 |
| § 140a | [Zuständigkeit für Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen] | 1001 |
| Zehnter Titel. | Staatsanwaltschaft | 1008 |
| § 141 | [Sitz] | 1008 |
| § 142 | [Sachliche Zuständigkeit] | 1016 |
| § 142a | [Zuständigkeit des Generalbundesanwalts] | 1020 |
| § 142b | Europäische Staatsanwaltschaft | 1023 |
| § 143 | [Örtliche Zuständigkeit] | 1028 |
| § 144 | [Organisation] | 1034 |
| § 145 | [Befugnisse der ersten Beamten] | 1036 |
| § 145a | (weggefallen) | 1040 |
| § 146 | [Weisungsgebundenheit] | 1040 |
| § 147 | [Dienstaufsicht] | 1045 |
| § 148 | [Bundesanwälte] | 1046 |
| § 149 | [Ernennung der Bundesanwälte] | 1046 |
| § 150 | [Unabhängigkeit von den Gerichten] | 1046 |
| § 151 | [Ausschluss von richterlichen Geschäften] | 1047 |
| § 152 | [Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft] | 1048 |
| Anhang zu § 152. | Gemeinsame Richtlinien | 1052 |
| Elfter Titel. | Geschäftsstelle | 1055 |
| § 153 | [Geschäftsstelle] | 1055 |
| Zwölfter Titel. | Zustellungs- und Vollstreckungsbeamte | 1064 |
| § 154 | [Gerichtsvollzieher] | 1064 |
| § 155 | [Ausschließung des Gerichtsvollziehers] | 1070 |
| Dreizehnter Titel. | Rechtshilfe | 1072 |
| § 156 | [Rechtshilfepflicht] | 1072 |
| § 157 | [Rechtshilfegericht] | 1090 |
| § 158 | [Ablehnung der Rechtshilfe] | 1093 |
| § 159 | [Entscheidung des Oberlandesgerichts] | 1104 |
| § 160 | [Vollstreckungen, Ladungen, Zustellungen] | 1108 |
| § 161 | [Vermittlung bei Beauftragung eines Gerichtsvollziehers] | 1110 |
| § 162 | [Vollstreckung von Freiheitsstrafen] | 1111 |
| § 163 | [Vollstreckung, Ergreifung, Ablieferung außerhalb des Gerichtsbezirks] | 1112 |
| § 164 | [Kostenersatz] | 1113 |
| § 165 | (weggefallen) | 1114 |
| § 166 | [Amtshandlungen außerhalb des Gerichtsbezirks] | 1114 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|---|------|
| § 167 | [Verfolgung von Flüchtigen über Landesgrenzen] | 1115 |
| § 168 | [Mitteilung von Akten] | 1117 |
| Vierzehnter Titel. Öffentlichkeit und Sitzungspolizei | | 1119 |
| § 169 | [Öffentlichkeit] | 1119 |
| § 170 | [Nicht öffentliche Verhandlung in Familiensachen sowie in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit] | 1157 |
| § 171 | <i>(aufgehoben)</i> | 1160 |
| § 171a | [Ausschluss der Öffentlichkeit in Unterbringungssachen] | 1160 |
| § 171b | [Ausschluss der Öffentlichkeit zum Schutz der Privatsphäre] | 1161 |
| § 172 | [Gründe für Ausschluss der Öffentlichkeit] | 1169 |
| § 173 | [Öffentliche Urteilsverkündung] | 1184 |
| § 174 | [Verhandlung über Ausschluss der Öffentlichkeit; Schweigepflicht] | 1186 |
| § 175 | [Versagung des Zutritts] | 1194 |
| § 176 | [Sitzungspolizei; Verhüllungsverbot] | 1199 |
| § 177 | [Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung] | 1215 |
| § 178 | [Ordnungsmittel wegen Ungebühr] | 1222 |
| § 179 | [Vollstreckung der Ordnungsmittel] | 1235 |
| § 180 | [Befugnisse außerhalb der Sitzung] | 1236 |
| § 181 | [Beschwerde gegen Ordnungsmittel] | 1236 |
| § 182 | [Protokollierung] | 1242 |
| § 183 | [Straftaten in der Sitzung] | 1244 |
| Fünfzehnter Titel. Gerichtssprache | | 1247 |
| § 184 | [Deutsche Sprache] | 1247 |
| § 184a | [Gerichtssprache Englisch] | 1253 |
| § 184b | [Englische Sprache beim Bundesgerichtshof] | 1256 |
| § 185 | [Dolmetscher] | 1257 |
| § 186 | [Verständigung mit hör- oder sprachbehinderter Person] | 1265 |
| § 187 | [Dolmetscher oder Übersetzer für Beschuldigten oder Verurteilten] | 1270 |
| § 188 | [Eide Fremdsprachiger] | 1277 |
| § 189 | [Dolmetschereid] | 1277 |
| Anhang zu § 189. Gesetz über die allgemeine Beeidigung von gerichtlichen Dolmetschern (Gerichtsdolmetschergesetz – GDolmG) | | 1283 |
| § 190 | [Urkundsbeamter als Dolmetscher] | 1285 |
| § 191 | [Ausschließung und Ablehnung des Dolmetschers] | 1286 |
| § 191a | [Zugänglichmachung von Schriftstücken und Videokonferenztechnik für blinde oder sehbehinderte Personen] | 1287 |
| Anhang zu § 191a. Verordnung zur barrierefreien Zugänglichmachung von Dokumenten für blinde und sehbehinderte Personen in gerichtlichen Verfahren (Zugänglichmachungsverordnung – ZMV) | | 1291 |
| Sechzehnter Titel. Beratung und Abstimmung | | 1294 |
| § 192 | [Mitwirkende Richter und Schöffen] | 1294 |
| § 193 | [Bild- und Tonübertragung; Anwesenheit bei der Beratung; Videokonferenz, Verpflichtung zur Geheimhaltung] | 1299 |
| § 194 | [Gang der Beratung] | 1309 |
| § 195 | [Keine Verweigerung der Abstimmung] | 1311 |
| § 196 | [Absolute Mehrheit; Meinungsmehrheit] | 1315 |
| § 197 | [Reihenfolge der Stimmabgabe] | 1317 |
| Siebzehnter Titel. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren | | 1319 |
| § 198 | [Entschädigung; Verzögerungsrüge] | 1319 |
| § 199 | [Strafverfahren] | 1341 |
| § 200 | [Haftende Körperschaft] | 1342 |
| § 201 | [Zuständigkeit für die Entschädigungsklage; Verfahren] | 1343 |

Inhaltsverzeichnis

Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

| | |
|--|------|
| Text des EGGVG | 1362 |
| Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften | 1362 |
| § 1 (aufgehoben) | 1362 |
| § 2 [Anwendungsbereich] | 1366 |
| § 3 [Übertragung der Gerichtsbarkeit] | 1367 |
| § 4 (aufgehoben) | 1368 |
| § 4a [Ermächtigung der Länder Berlin und Hamburg] | 1369 |
| § 5 (gegenstandslos) | 1370 |
| § 6 [Wahl, Ernennung und Amtsperiode ehrenamtlicher Richter] | 1370 |
| § 7 (gegenstandslos) | 1371 |
| § 8 [Oberstes Landesgericht] | 1371 |
| § 9 [Ausschließliche Zuständigkeit in Strafsachen] | 1373 |
| § 10 [Besetzung und Verfassung des obersten Landesgerichts] | 1374 |
| § 11 (aufgehoben) | 1375 |
| Zweiter Abschnitt. Verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen | 1376 |
| § 12 [Geltungsbereich, Verantwortung; Erlass von Verwaltungsvorschriften] .. | 1376 |
| § 13 [Übermittlung personenbezogener Daten] | 1382 |
| § 14 [Zulässigkeit der Datenübermittlung in Strafsachen; Annahmen] | 1384 |
| § 15 [Datenübermittlung in Zivilsachen] | 1389 |
| § 16 [Datenübermittlung an ausländische öffentliche Stellen] | 1390 |
| § 16a [Kontaktstellen] | 1390 |
| § 17 [Datenübermittlung in anderen Fällen] | 1391 |
| § 18 [Verbindung mit weiteren Daten des Betroffenen oder Dritter, Ermessen] | 1392 |
| § 19 [Zweckgebundenheit, Erforderlichkeit] | 1393 |
| § 20 [Unterrichtung des Empfängers] | 1394 |
| § 21 [Auskunftserteilung und Unterrichtung; Antrag; Ablehnung] | 1396 |
| § 21a [Rechte und Pflichten bei verfahrensübergreifenden Mitteilungen von Amts wegen] | 1399 |
| § 22 [Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenübermittlung] | 1399 |
| Dritter Abschnitt. Anfechtung von Justizverwaltungsakten | 1403 |
| § 23 [Rechtsweg bei Justizverwaltungsakten] | 1403 |
| § 24 [Zulässigkeit des Antrags] | 1431 |
| § 25 [Zuständigkeit des OLG oder des Obersten Landesgerichts] | 1433 |
| § 26 [Antragsfrist] | 1434 |
| § 27 [Antragstellung bei Untätigkeit der Behörde] | 1439 |
| § 28 [Entscheidung über den Antrag] | 1441 |
| § 29 [Rechtsbeschwerde; Prozesskostenhilfe] | 1449 |
| § 30 [Kosten] | 1451 |
| § 30a [Verwaltungsakt im Bereich von Kostenvorschriften] | 1453 |
| Vierter Abschnitt. Kontaktsperre | 1455 |
| § 31 [Feststellung der Voraussetzungen für Kontaktsperre] | 1455 |
| § 32 [Zuständigkeit für die Feststellung] | 1465 |
| § 33 [Maßnahmen zur Kontaktsperre] | 1466 |
| § 34 [Rechtswirkungen der Kontaktsperre] | 1466 |
| § 34a [Beordnung eines Rechtsanwalts als Kontaktperson] | 1474 |
| § 35 [Gerichtliche Bestätigung der Kontaktsperre] | 1478 |
| § 36 [Beendigung der Kontaktsperre; Wiederholung] | 1479 |
| § 37 [Anfechtung von Einzelmaßnahmen] | 1480 |
| § 38 [Kontaktsperre bei Maßregel oder einstweiliger Unterbringung] | 1482 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------|
| § 38a [Kontaktsperre bei Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung] | 1483 |
| Fünfter Abschnitt. Insolvenzstatistik | 1484 |
| § 39 (aufgehoben) | 1484 |
| Sechster Abschnitt. Übergangsvorschriften | 1485 |
| § 40 [Anwendung des § 119 GVG] | 1485 |
| § 40a [Anwendung der §§ 72a und 119a GVG] | 1485 |
| § 41 [Anwendung der §§ 74, 74c, 74f und 76 GVG] | 1485 |
| § 42 [Weitergeltung von § 30a] | 1486 |
| § 43 [Anwendung von § 169 Abs. 2 GVG] | 1486 |

Anhang. Bundesrechtliche Vorschriften

| | |
|--|------|
| 1. Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung (GVVO) | 1489 |
| 2. Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes | 1491 |
| 3. Gesetz über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten | 1494 |
| 4. Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten | 1495 |
| 5. Gesetz zu dem Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte | 1497 |
| 6. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte | 1497 |
| Sachregister | 1501 |

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG